

Handelsstreit mit Brasilien beigelegt Argentinien nimmt Importbeschränkungen im Mercosur zurück

Mit der Aufhebung der erst vor wenigen Tagen beschlossenen Importbeschränkungen hat Argentinien den Handelsstreit mit Brasilien beigelegt. Die von Argentinien beschlossenen Importobergrenzen für verschiedene Produkte sollten nicht innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur gelten, sagte Brasiliens Außenminister Luiz Felipe Lampreia am Freitag morgen. Staatspräsident Carlos Menem und Brasiliens Präsident Fernando Henrique Cardoso hatten zuvor in einem zweistündigen Gespräch den Streit ausgeräumt, der sich nach Einschätzung von Beobachtern zu einer ernststen Bedrohung für den Mercosur hätte ausweiten können.

Argentinien hatte die Importobergrenzen verfügt, nachdem in der Folge der Abwertung der brasilianischen Währung Importe in das Nachbarland beispielsweise von Textilien und Schuhen im ersten Halbjahr 1999 sprunghaft angestiegen waren.

Beide Länder wollten in Zukunft die Exporte und Importe beobachten, um auf mögliche Unregelmäßigkeiten umgehend reagieren zu können, sagte Lampreia weiter. Weiter sei für kommenden Freitag in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo ein Treffen der Außen- und Wirtschaftsminister zum Thema vorgesehen.

Menem hatte am Donnerstag vormittag Ortszeit seinen Besuch in den USA vorzeitig abgebrochen und damit auf ein in New Orleans angesetztes Treffen mit US-Vertretern des Energiesektors verzichtet,

um überraschend nach Brasilien zu reisen. Mit den Worten „Es ist alles in Ordnung“, traf sich der Staatspräsident mit seinem „Freund und Amtskollegen“ Cardoso im Palastgebäude La Alvorada in Brasília zu einer mitternächtlichen Krisensitzung, deren Dringlichkeit auch Menem mit seiner Äußerung nicht herunterspielen konnte.

Am Donnerstag nachmittag hatten Unternehmer und Arbeiter der Schuh-Industrie im Zentrum von Buenos Aires eine Gross-Demonstration veranstaltet, um damit gegen den steigenden Import billigerer brasilianischer Konkurrenz-Produkte aufmerksam zu machen. Die Demonstranten forderten vor dem Sitz des Nationalen Industrie-Sekretariats die Regierung Menem auf, die Einfuhr aus dem Nachbarland drastisch zu unterbinden. Nach Angaben der Demonstranten stieg die Einfuhr von Schuhen seit 1991 von 700.000 Paar jährlich auf bis zu 17 Millionen in 1999 an. Dies hätte im selben Zeitraum die Schließung von 1.000 Fabriken und den Verlust von 8.000 Arbeitsplätzen zur Folge gehabt.

In Argentinien werden jährlich etwa 70 Millionen Paar Schuhe verkauft. Die Einfuhren aus Brasilien werden 1999 voraussichtlich fast 40 Millionen US-Dollar erreichen.

Brasilien hatte am Montag scharf gegen die von Argentinien verhängten Maßnahmen protestiert und einen geplanten Staatsbesuch von Menem als derzeit noch nicht angemessen bezeichnet.

Alfonsín wieder zu Hause Ex-Präsident verließ am Montag das Italienische Hospital

39 Tage nach seinem schweren Autounfall in der Provinz Río Negro wurde Ex-Präsident Raúl Alfonsín am Montag aus dem Italienischen Krankenhaus von Buenos Aires entlassen. Der körperlich frisch wirkende UCR-Politiker ließ es sich nicht nehmen, vom Balkon des Krankenhauses rund 200 seiner Anhänger zu grüßen, die draußen gewartet hatten. Minuten zuvor hatte der Ex-Präsident 20 Mitglieder der Radikalen Jugend begrüßt, die seit sechs Wochen vor dem Italienischen Hospital ausgeharrt hatten.

Alfonsín hatte bei den Unfall auf schneeblatter Fahrbahn mehrere Rippenbrüche, Lungenquetschungen und Schnittwunden erlitten.

Sein Zustand war lange Zeit so kritisch, daß er künstlich beatmet werden mußte. Viele Menschen im Land beteten für die Genesung des Politikers. Daß der 72jährige jetzt vorzeitig entlassen wurde, begründeten die behan-

delnden Ärzte mit dem „außerordentlichen“ Genesungsprozeß ihres Patienten.

Alfonsín wird jetzt in seiner Stadtwohnung weiter medizinisch betreut werden. Erst nach etwa drei Wochen wird er in seinen Heimatort Chascomús in der Provinz Buenos Aires zurückkehren können. Bis zur vollständigen Genesung fehlt dem Ex-Präsidenten noch einiges. Er wird therapeutische Übungen machen, um sein volles Atmungs- und Bewegungsvermögen wiederzuerlangen. Vor allem wird er sich erholen müssen, doch dem stehen wichtige Termine entgegen. Die Allianz plant mit Auftritten Alfonsíns im Wahlkampf. Nach Auskünften seines Sohnes Ricardo Alfonsín haben die Ärzte auch nichts dagegen, wenn ihr Patient in der Schlußphase der Wahlkampagne eingreift. Doch Alfonsín ist viel zu sehr Vollblutpolitiker, sechs bis acht Wochen Ruhe wird er nicht durchhalten.

Dichter Reisekalender in Menems letzten Amtsmonaten

Präsident Carlos Menems Reiseplanung für die letzten Monate seiner Amtszeit spiegelt die außenpolitischen Schwerpunkte seiner zehnjährigen Regierung wider. Vorgesehen sind vier Reisen in die USA, je eine in die Nachbarländer Brasilien und Chile sowie eine Nahostreise, bei der Menem Israel und Syrien, das Land seiner Vorfahren besuchen will. Dazu kommen ein Treffen mit Fidel Castro auf dem Iberoamerikanischen Gipfel, der in Kuba stattfindet, und eventuell verschiedene Abschiedsbesuche bei südamerikanischen Amtskollegen. Feste Termine gibt es bisher für die wenigsten Reisen, die erste trat Menem allerdings schon diese Woche an. Am Mittwoch flog der Präsident nach New Orleans, wo er auf dem Weltenergiekongress einen Vortrag hielt. Mitte August wird er zu seinem letzten offiziellen Staatsbesuch in Chile erwartet, im September folgt dann ein zweitägiger Staatsbesuch in Brasilien. Vor allem der Santiago-Reise wird große symbolische Bedeutung beigemessen. Die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Chile, die Klärung letzter offener Grenzfragen und die wirtschaftliche Integration des Nachbarn in den Mercosur zählt Menem selbst zu seinen größten außenpolitischen Erfolgen. Bestätigt ist auch der Nahostbesuch des Präsidenten, der genaue Termin steht jedoch noch nicht fest. Für Israel liegt seit längerem eine Einladung vor, die vom kürzlich gewählten israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak erneuert wurde. Nach Informationen der Tageszeitung Clarín befindet sich Munir Menem, der Bruder des Präsidenten, derzeit im Nahen Osten, um die diplomatischen Feinheiten der Staatsbesuche abzustimmen. Auch wenn der eine oder andere Staatsbesuch aus Termingründen ausfallen sollte, ist Menem schon jetzt der reisefreudigste Präsident in der argentinischen Geschichte.

Argentinien als NATO-Partner

Abermals gelang es Präsident Menem, die Öffentlichkeit mit einer neuen Initiative zu überraschen, ohne sie vorher darauf vorbereitet zu haben. Aus heiterem Himmel liess Menem wissen, dass er die Mitgliedschaft bei der nordatlantischen militärischen Allianz beantragen wird, die unter dem englischen Kürzel NATO bekannt ist. Sie ist sicherlich die mächtigste militärische Allianz seit Menschengedenken in der Welt.

Die erste Frage, die dabei auftauchte, war geographischer Natur. Was hat Argentinien als Land der südlichen Halbkugel bei der im Nordatlantik angesiedelten Allianz zu suchen? Menem wich dieser Fragestellung aus, indem er die argentinische Mitgliedschaft auf einen angeblich assoziierten Status einschränkte, den die NATO bisher nicht anerkennt.

Die Initiative misslang, da NATO-Generalsekretär Javier Solana in einem freundlichen Brief an Präsident Menem die argentinische Mitgliedschaft absagte, weil die NATO im Nordatlantik und Argentinien im Südatlantik angesiedelt sind. Vorher waren aus Spanien und Italien, Minderheitspartner der NATO, Stimmen laut geworden, die den Beitritt Argentinien befürworteten. Massgebende Regierungen, insbesondere die USA, Grossbritannien und Deutschland, haben sich noch nicht geäussert. Solana sprach offenbar für sie.

Eine NATO-Mitgliedschaft Argentinien bewirkte sogleich Befremden in Brasilien, dessen Regierung sich schon zu Jahresbeginn über Menems Vorstoss zwecks Dollarisierung als monetärer Alleingang Argentinien geärgert hatte. Auch als ein möglicher argentinischer Beitritt zur nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA vor einigen Jahren im Gespräch war, liess Brasilien wissen, dass dieser handelspolitische Alleingang kaum mit der Zollunion Mercosur vereinbar wäre. Ein militärischer Alleingang Argentinien passt Brasilien überhaupt nicht ins Konzept, allein deshalb weil Brasilien stets mit Grossmächtsallüren in Südamerika träumt.

Die parteipolitische Szene im Inland wurde auch durch den Vorstoss Menems aufgeschreckt wie weiland, als Menem die USA mit anderen Alliierten zur Befreiung Kuwaits unterstützte und als die USA Argentinien als Sonderalliierten ausserhalb NATO erklärte. Die engen Beziehungen zu USA sind traditionellen Politikern im Lande stets ein Dorn im Auge. Die hundertjährige Geschichte steter Opposition gegen die Weltmacht USA wirkt immer noch nach und macht sich bei jedem Vorstoss Menems zugunsten einer engeren Annäherung an USA bemerkbar. Auch die beiden Präsidentschaftskandidaten Fernando de la Rúa und Eduardo Duhalde meldeten Bedenken an. Andere Politiker und Kommentatoren der internationalen Szene lehnten die NATO-Mitgliedschaft rundweg ab, während Menem seinen Planungssekretär Jorge Castro, dem die intellektuelle Urheberschaft der Initiative unterstellt wird, und Verteidigungsminister Jorge Domínguez angeblich zu Sondierungen nach Brüssel entsandte, wo die NATO ihr Sekretariat unterhält. Castro verteidigte die Initiative in einem Artikel in „La Nación“.

Ehe der Vorstoss Menems sich in intellektuellen Auseinandersetzungen erschöpfte, tauchte ein neues aussenpolitisches Problem besonderer Brisanz aus. Eine Information in der Zeitung „La Nación“ wollte wissen, dass die US-Regierung bei der argentinischen Regierung sondiert hat, ob diese bereit wäre, allenfalls bei einer militärischen Intervention in Kolumbien mitzumachen. Die Information wurde freilich offiziell sowohl in Argentinien als auch in Washington dementiert, wie es bei solchen Demarchen üblich ist, aber sie hatte das brenzlige Thema der kolumbianischen Sicherheit auf die Tagesordnung gebracht.

Der brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso lehnte auf Besuch in Lima, Peru, die Mitwirkung seiner Streitkräfte an einer militärischen Intervention in Kolumbien rundweg ab, ebenso sein Gastgeber und Kollege Fujimori. Der argentinische Vizeausserminister Andrés Cisneros meinte, dass auf jeden Fall im Einvernehmen mit den Nachbarn, gemeint war Brasilien, gehandelt wer-

den würde. Menem selber ging einen Schritt weiter und behauptete, dass Argentinien allenfalls mitmachen würde, wenn die kolumbianische Regierung sie auffordert.

Hiermit war das Thema Kolumbien plötzlich als ein interamerikanisches Sicherheitsproblem auf dem Tapet. Vorher war Kolumbien lediglich Beobachtungsobjekt, nachdem sich die dortige Guerilla siegreich in etwa 40 Prozent des Gebiets festgesetzt hatte und laufend Gewalttaten verübte. Zudem hat in den letzten Jahren das Geschäft der Entführung und Erpressung von Lösegeldern in ganz Kolumbien gewaltig zugenommen, welches Land weltweit Spitze in diesem grausamen Menschenhandel ist. Nicht nur reiche Kolumbianer werden entführt, sondern ganze Gruppen von Menschen, die nachher auf ihren Wohlstand geprüft werden, damit zahlbare Erpressungen anfallen. Hunderttausende Kolumbianer haben bereits ihr Land verlassen oder ziehen in angeblich sicherere Gefilde. Die Wirtschaft verfällt, die Landeswährung sackt ab, Auslandsinvestitionen scheuen Kolumbien. Die Regierung bemüht sich redlich, mit den Terroristen zu verhandeln, um einen ehrbaren Frieden zu erzielen. Das ist bisher nicht gelungen.

In Kolumbien arbeiten zudem die Terroristen Hand in Hand mit den Drogenhändlern, ist doch das südamerikanische Land Hauptlieferant von Kokain in den USA und anderswo. Die Drogenhändler finanzieren das terroristische Handwerk, die Bauern, die Coca-plantagen verwalten, sowie die Verarbeitung und den Transport, zumeist nach USA. Unterdessen üben sich die Terroristen als Staatsverwalter in den weiten Gebieten, die ihrer Militärmacht unterstellt sind, wo die Regierung im Abseits ist.

Die kolumbianische Terror- und Drogenszene beunruhigt bereits die Nachbarländer Venezuela, Ekuador und Peru. Brasilien schweigt, dürfte aber ebenso besorgt sein in Hinblick auf mögliche Ausuferungen des kolumbianischen Terrorismus über die Ostgrenze nach Brasilien, sollte die Bekämpfung gelegentlich erfolgreich sein. Auch Panama wirft Sorgen auf den Plan, wird doch der Kanal, der die Karibik mit dem Pazifik verbindet, Ende dieses Jahres von USA an Panama abgetreten werden.

Die Drogenszene beunruhigt die USA, wo sich der grösste Markt für Drogen befindet, wiewohl der Konsum neuerdings abnimmt. Drogengelder korrumpieren die südamerikanische Politik, wie es der Fall des vorherigen kolumbianischen Präsidenten Samper gezeigt hat, dessen Wahlfeldzug mit Drogengeldern finanziert worden war, weshalb ihm der Aufenthalt in USA verweigert wurde. Sein Nachfolger und jetziger Präsident Pastrana verhandelt mit den Terroristen und bekämpft die Drogenhändler, ohne dass ein Durchbruch in diesem mehrere Jahrzehnte alten Bürgerkrieg in Aussicht steht.

Pastrana verweigert jegliche ausländische Mitwirkung an der Bekämpfung der Terroristen und Drogenhändler und beschränkt sich vorerst auf Hilfesuche für militärische Ausrüstungen der USA. Führende US-Militärs beschäftigen sich laufend mit Kolumbien, welche Szene sich anschickt, Kosovo als Hauptziel militärischer US-Bemühungen abzulösen. Solange die kolumbianische Regierung mit den Terroristen verhandelt und die Hoffnung hat, eine Befriedung herbeizuführen, dürfte sich kaum etwas ändern. Sollten die Friedensverhandlungen scheitern, wie es mehrheitlich angenommen wird, dann wird sich Präsident Pastrana etwas Neues einfallen lassen. In Amerika steht ihm die Organisation Amerikanischer Staaten in Washington als juristisches Regelwerk zur Verfügung, wo Kolumbien allenfalls um Hilfe ansuchen kann.

Für solche Fälle steht Argentinien bereit, auf Gesuch Kolumbiens mit anderen amerikanischen Regierungen mitzumachen, jedenfalls solange Präsident Menem sein Amt ausführt. Wie nach dem 24. Oktober bzw. dem 10. Dezember gehandelt werden wird, sollte die kolumbianische Krise ausarten, muss abgewartet werden. Kolumbien ist sicherlich kein NATO-Problem. Aber Kosovo war es auch nicht, liegt diese jugoslawische Provinz auch nicht am Nordatlantik, sondern im Balkan.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Mehr Grün

Mit sechs Monaten Verspätung ist jetzt der „Kinderpark“ an der Costanera Norte für die Öffentlichkeit zugänglich. Für den 20 Hektar großen Park wurden 600 Bäume gepflanzt, Rasenflächen und drei Kinderspielplätze angelegt sowie rund drei Kilometer Radwege gebaut. 100 Bänke und Steintische sind bereits aufgestellt, es sollen 300 weitere folgen, dazu ebensoviele Schachtische und 90 Lichtsäulen. Auf dem Parkplatz bei den Grünanlagen gibt es Abstellmöglichkeiten für 1000 Autos. In der zweiten Phase, die anderthalb Jahre dauern soll, werden eine Uferpromenade und eine Zone für Wasserfahrzeuge angelegt werden. Wenn der Park ganz fertiggestellt ist, wird er nach dem „3 de Febrero“ und dem „Indoamerikano“ der drittgrößte der Stadt sein. Für seinen Bau wurde dem Rio de la Plata Land abgewonnen. Die Kosten von 2,5 Millionen Pesos trug die AUSA (Autopistas Urbanas).

Oviedo-Asyl

Paraguay wünscht sich Lino Oviedo in die patagonische Steppe. Der Regierung in Asuncion liegt das Asyl des nach Argentinien geflüchteten Ex-Generals

noch zu nahe an der Grenze. Oviedo geht in seiner Villa in Moreno nach Angaben Asuncions weiterhin politischen Tätigkeiten nach und trifft sich mit paraguayischen Gesinnungsgenossen. Paraguays Außenminister Miguel Abdón Saguier gab dem argentinischen Botschafter in Asuncion eine entsprechende Protestnote. Sie wird wenig Effekt haben. Die einzige Asylauflage, die Präsident Menem seinem persönlichen Freund Oviedo stellte, ist die Respektierung des inneren Friedens in Argentinien. Oviedo steht in Paraguay wegen Mordes und eines Putschversuchs unter Anklage.

Sichere Provinz

Die Provinzregierung von Buenos Aires will die privaten Sicherheitsunternehmen in die Pflicht nehmen und zur Verhinderung von Straftaten einsetzen. In der Gemeinde San Isidro, wo prozentual am meisten private Wachdienste eingesetzt werden, soll ein entsprechendes Pilotprojekt durchgeführt werden. Die privaten Wachmänner werden dabei in ständigem Kontakt mit der jeweiligen Polizeidienststelle stehen und jeden verdächtigen Vorfall direkt an diese weiterleiten. Durch die später geplante In-

tegration von insgesamt 46.000 privaten Sicherheitsangestellten in der ganzen Provinz hofft die Regierung in La Plata eine effektivere Verbrechensbekämpfung.

Kirche „entsetzt“

Nach 22 Tagen wurde am Dienstag die Besetzung der Kathedrale von La Plata durch Arbeitslose und ihre Familien gewaltsam beendet. Am Morgen war eine bisher unbekannte Gruppe, die sich „feligreses“ nennt, in das Gotteshaus eingedrungen und hatte die wenigen in der Kathedrale verbliebenen Besetzer auf die Straße geworfen. Danach verbarrikadierten die Tempelsäuberer die Portale mit Kirchengestühl. Danach kam es nach Angaben der Polizei zu einer Auseinandersetzung, bei der Kirchen-schreiben zu Bruch gingen und Schüsse fielen. Mehrere Menschen wurden leicht verletzt, darunter der vierjährige Sohn eines Besetzers. Die Polizei beschlagnahmte zwei Schusswaffen, eine davon fand sich in einem Beichtstuhl. Die Situation in der Kirche hatte sich am Dienstag verschärft, als ein Priester eine Anzeige erstattete. Er gab an, von einem der Besetzer geschlagen worden zu sein. Der Bischof der Diözese forderte daraufhin die „friedliche Räumung“ der Kathedrale. Jetzt ist das Gotteshaus „entsetzt“ und wegen Reparaturarbeiten geschlossen.

Mehr für Veteranen

Etwa 15.000 Veteranen des Malwinen-Kriegs bekommen künftig mehr Geld. Das von Präsident Carlos Menem erlassene Dekret sieht eine Erhöhung von 357 Pesos monatlich vor, die rückwirkend zum Oktober 1998 gilt. Zunächst werden rund 600 Angestellte der Öffentlichen Verwaltung und 4200 Armee-Angehörige von der Regelung profitieren. Der Rest soll in einem zwei-

ten Schritt folgen. Woher die Mittel für diese Maßnahme herkommen sollen, ist noch unklar. Menem verteidigte bei Bekanntgabe des Dekrets die der britischen Regierung abgerungenen Reiseregulungen für die Malwinen gegen Kritiker. „In den 70er Jahren war ein Freischein (der Militärregierung) und eine Genehmigung der britischen Botschaft für die Einreise unabdingbar. Heute ist das nicht mehr nötig, der Reisepaß allein reicht aus,“ sagte der Präsident.

Wahlkampfstrategie Duhaldes

Präsident Carlos Menem und der justizialistische Präsidentschaftskandidat Eduardo Duhalde wollen sich diese Wochenende treffen, um die PJ-Wahlkampagne in die „richtige Bahn“ zu bringen. Weniger als 90 Tage vor dem Wahltermin bestehen immer noch Unstimmigkeiten über die Einbeziehung Menems in den Wahlkampf. Duhalde spart einerseits bei Wahlauftritten nicht mit Kritik am Präsidenten, kann aber andererseits keinen Wahlkampf gegen die eigene Partei führen. Eine Reihe von PJ-Provinzgouverneuren rät dem Kandidaten dringend, dass er sich mit Menem zumindest auf einen Waffenstillstand bis Oktober einigt, und den Präsidenten in seine Kampagne miteinbezieht. Die Männer des Präsidenten, allen voran Innenminister Carlos Corach und Senator Eduardo Bauzá, und die Wahlkampfberater Duhalde verhandeln deshalb um die Rolle Menems im Wahlkampf. Es geht wohl auch darum, die Grenzen von Duhaldes Kritik am Staatschef abzustecken. Vor Montag, wenn Duhalde vom PJ-Präsidium offiziell als Kandidat bestätigt wird, soll es zu einem Treffen mit Menem kommen. Es wäre das erste dieser Art seit Ende Februar.

Das Klima war durch die geplante Teilnahme Menems an der Vorstellung der Wahlplattform Duhaldes am 14. August im Stadion von Boca Juniors noch mehr vergiftet worden. Menem hatte auf einem Platz auf der Ehrentribüne bestanden, Duhalde wollte ihn weiter weg, bei den Ehrengästen. Jetzt wird der Wahlauftakt wohl verschoben werden.

Rio Tercero: US-Fachmann äussert Zweifel

US-Fachmann Denny Klinne hat festgestellt, dass seine Arbeit bei der Aufklärung der Ursache der Explosionen in der Sprengstofffabrik in Rio Tercero, Provinz Córdoba, schwierig sein wird. Als er gleich nach Arbeitsbeginn das Werksgelände knapp sieben Stunden durchsucht hatte, gab er seiner Verwunderung Ausdruck, dass die vier Explosionskrater mit Schutt zugedeckt und das ganze Umfeld verändert worden sei.

Er bezeichnete das Gutachten, das von Ing. Marcos Sales erstellt wurde, der in diesem Fall als amtlicher Sachverständiger fungiert hatte, als nicht sehr wissenschaftlich. Die Äusserung lässt Zweifel an der amtlichen These aufkommen, dass die Explosion durch Funken hervorgerufen wurde, die an einem Lastenaufzug entstanden, der gegen ein TNT-Fass stiess. Klinne hat bereits jeden Quadratmeter des Werksgeländes untersucht, auf dem am 3. November 1995 die Explosionen sieben Tote und etwa 300 Verletzte gefordert haben.

Als Erklärung für das Unglück musste lange die Unfalltheorie herhalten, bis Versuche von Sachverständigen ergaben, dass es äusserster Gewalteinwirkung bedurft hätte, das TNT zur Explosion zu bringen. Eine brennende Zigarette oder ein Funken als mögliche Ursache, die in den ersten Gutachten angenommen wurden, schieden damit aus. Dazu kommt ein weiteres, gewichtiges Argument. Rio Tercero war eine Art verlorenes Bindeglied bei den argentinischen Waffengeschäften mit Kroatien und Ecuador. In Rio Tercero wurden Kanonen, die das Heer bei Manövern verwendet hatte, auffrisirt und vorbereitet. Klinne selbst ist nicht sehr zuversichtlich, mehr Licht in die Angelegenheit bringen zu können.

e-mail im Argentinischen Tageblatt Die Adressen

e-mail:
info@tageblatt.com.ar
Internet:
www.tageblatt.com.ar

„Wie können sie uns lieben, wenn sie uns nicht kennen“ Argentinische Journalistinnen erfahren bei historischem Besuch auf den Malwinen Sympathie und Ablehnung

Der Gouverneur der Malwinen, Donald Lamont, hat sich beim historischen Malwinen-Besuch der ersten beiden Pass-Argentinier nach der Unterzeichnung des Malwinenabkommens gegen eine Reise von Argentinens Aussenminister Guido Di Tella oder der Tochter des Staatspräsidenten Carlo Menem, Zulema Menem, am 16. Oktober, dem Tag der Wiederaufnahme der Flüge zwischen Argentinien und dem Insel-Archipel, ausge-

sprochen.

„Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein heisses Thema“, sagte Lamont am vergangenen Wochenende der Tageszeitung „Clarín“, deren Journalistin Ana Gerschenson neben der „La Nación“-Reporterin Marcela Mora y Araujo als erste Argentinier am Mittwoch voriger Woche in der Inselhauptstadt Puerto Argentino/Port Stanley eingetroffen waren.

Mitte Juli hatten Di Tella und

sein britischer Kollege Robin Cook in London die Aufnahme des Flugverkehrs zwischen den Inseln und Argentinien sowie die Genehmigung für argentinische Bürger, die Malwinen zu besuchen, unterzeichnet. Damit können erstmals seit dem Ende des Malwinen-Krieges zwischen beiden Ländern 1982 Argentinier mit einem Reisepass die Inseln besuchen.

„Das Malwinenabkommen wird von einem Teil der Bevölkerung weiter abgelehnt. Diese Leute könnten die Anwesenheit Di Tellas oder Zulemas nutzen, um ein feindliches Klima zu schüren“, sagte Lamont. „Die Menschen, speziell in Darwin, sind noch nicht soweit, eine argentinische Fahne auf ihrem Territorium wehen zu sehen“, sah der Politiker für das Hissen der argentinischen Flagge auf dem Soldatenfriedhof von Darwin, wo die im Krieg gefallenen argentinischen Soldaten begraben liegen, keine Möglichkeit.

Wenngleich die Bereitschaft der Veteranen beider Seiten zur Aussöhnung fast höher einzuschätzen sei als die der Zivilbevölkerung, schliesse er mögliche Ausschreitungen durch Veteranen nicht aus. Hilfreich für eine

Annäherung zwischen beiden Seiten sei jedoch zweifellos, wenn Argentinien „auf die Bezeichnung Puerto Argentino (für Port Stanley) verzichten würde“, sagte der 52jährige. Ungeachtet dessen bezeichnete der Gouverneur das Malwinenabkommen jedoch als „politisch ungemein wichtig“.

Die Malwinen-Reise der beiden Journalistinnen löste unter der Inselbevölkerung Sympathie und Ablehnung aus. Von „Ich bin überaus zufrieden, dass die Argentinier uns jetzt besuchen können“ bis „Was muss ich noch auf das Festland reisen, wenn die Argentinier jetzt schon hier ‚einfallen‘“ schlugen den Reporterinnen unterschiedlichste Reaktionen der Kelpers entgegen.

Sophie Greenland, Reporterin beim Inselradio und über Briefkontakt seit langem mit Argentinern in Verbindung, brachte gegenüber „La Nación“ die kulturellen Unterschiede zwischen beiden Seiten auf den Punkt: „Am Ende der Briefe, die ich erhalte, steht immer ‚Te quiero mucho‘. Aber wie können sie mich lieben, wenn sie mich nicht persönlich kennen?“ Solche Formulierungen seien ihr völlig fremd.

Schwerer Massenunfall bei Rosario

Neun Tote und 43 Verletzte war die schreckliche Bilanz einer Massenkarambolage auf der Autobahn Santa Fe-Rosario. In dichtem Nebel und von Müllverbrennung verursachtem Rauch rasten am frühen Montag morgen nahe bei Rosario 20 Fahrzeuge ineinander, darunter fünf Reisebusse und ein Tanklastzug. Die schlechten Sichtverhältnisse erschwerten auch die Rettungs- und Bergungsarbeiten. Feuerwehrleute konnten verhindern, daß sich der mit hochexplosivem Äthanol beladene Tanklastzug entzündete und so eine größere Katastrophe vermeiden.

Die Polizei nahm zwölf Personen fest, die versucht hatten, die verunglückten Fahrzeuge zu plündern. „Viele Menschen haben trotz der durch den Nebel verursachten Schwierigkeiten zusammen mit den Feuerwehrleuten und der Polizei versucht, die Opfer zu bergen, aber einige kamen zielstrebig, um sie auszurauben“, sagte ein Polizeioffizier.

An dem Polizeieinsatz wurde allerdings auch Kritik laut. Augenzeugen berichteten, daß sich der letzte Zusammenstoß 40 Minuten nach dem ersten ereignete, und die Polizei in diesem Zeitraum keine Absicherung des Unfallorts vornahm.

Aktion Saubere Verwaltung De la Rúa legt Anti-Korruptionsplan vor

Sollte er nach den Oktoberwahlen Präsident werden, will De la Rúa das Amt für Öffentliche Ethik abschaffen und es durch ein Amt zur Korruptionsbekämpfung ersetzen.

Das Amt soll der 1978 in den USA geschaffenen Generalinspektion ähneln, könnte den Rang eines Staatssekretariates haben und soll die zentralisierten und dezentralisierten Verwaltungen von innen überwachen; desgleichen alle Unternehmen, Gesellschaften oder Körperschaften, die Staatsmittel erhalten.

Die neue Behörde soll Anzeigen entgegennehmen, bei gerichtlichen Ermittlungen mitarbeiten, die Qualität der öffentlichen Tätigkeit bewerten, um sie zu verbessern, Fachkräfte zur Korruptionsbekämpfung eingliedern und das Regierungsoberhaupt nach einem Prioritätenschema beraten.

Das zu schaffende Amt ist eine der Vorlagen, die eine Arbeitsgruppe der Allianz unter der Federführung von Ricardo Gil Lavedra ausarbeitet. Der ehemalige Bundesrichter Gil Lavedra wird als möglicher Justizminister der Allianz gehandelt. Angelpunkt der Bemühungen ist die Korruption, die bei der Bevölkerung, Umfragen zufolge, an Bedeutung sofort nach der Arbeitslosigkeit rangiert. De la Rúa sucht hier Transparenz. Jedes Antikorruptionsprogramm müsse auf drei Grundlagen aufgebaut werden: Höhere Anforderungen an die Ethik im Öffentlichen Bereich, eine ständige Überwachung durch innere und äussere Kontrollorgane, die jede Abweichung innerhalb der Ver-

waltung feststellen können, und zwar nicht erst, nachdem sie stattgefunden hat, sondern rechtzeitig, und die Sicherheit, dass korrupte Handlungen geahndet werden, wie Gil Lavedra betonte.

Die wesentlichen Punkte des diesbezüglichen Programms, das die Allianz im September bekanntgeben will, sind folgende:

- Alle Beamten im Funktionsgrad sind verpflichtet, ihre eidesstattlichen Vermögens- und Steuererklärungen derart abzugeben, dass die Bevölkerung Zugang zu ihnen hat.
- Abschaffung aller Geheimfonds, ausser jenem des Staatssicherheitsdienstes SIDE, für den diese Finanzquelle unverzichtbar ist.
- Die neue Behörde soll jedes Jahr gründlich die Entwicklung der Vermögenslage einer gewissen Anzahl von Beamten überwachen.
- Es muss ein Informations-Zugangsgesetz wie in den USA verabschiedet werden, damit sich jeder Unterlagen über staatliche Körperschaften besorgen kann.
- Anlegung einer der Öffentlichkeit zugänglichen Datenbank für alle Ausgaben, die der Staat tätigt, einschliesslich der Referenzpreise, mit denen Vergleiche gezogen werden können, der Personallisten jedes Amtes, ihre Entlohnung und ihre Arbeitszeit.
- Verbesserung des Justizwesens: Der Zugang zu den Gerichten soll für alle erleichtert werden. Staatsanwälte, die an Fällen von erheblichem öffentlichen Interesse arbeiten (z.B. PAMI) sollen unterstützt werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Kredithilfe für die Landwirtschaft

Zum zweiten Mal seit vergangenem Sommer veranstalteten die massgebenden landwirtschaftlichen Verbände Coninagro, Confederaciones Rurales Argentinas und Federación Agraria Argentina öffentliche Kundgebungen in der Bundeshauptstadt. Vor einigen Monaten hatte die traditionelle Sociedad Rural Argentina ebenfalls mitgemacht, die in der Vorwoche im Abseits blieb, als angenommene 7.000 Landwirte mit ihren Vehikeln, davon viele teure Geländewagen mit Allradantrieb, aus dem Landesinneren herbeieilten, um auf der Plaza de Mayo vor dem Regierungsgebäude gegen die niedrigen Agrarpreise, die hohen Steuern, die teuren Kredite und Mautgelder öffentlich zu prote-

stieren. Hinzu kam eine eiligst vorbereitete Protestkundgebung in der Kleinstadt Villa Mantero von Entre Ríos, wo Präsident Menem per Helikopter ankommen sollte, um an der Erinnerungsfeier an seinen im Vorjahr verstorbenen Berater Emilio Perina, dortselbst gebürtig, teilzunehmen. Menem machte darauf kehrt und flog wieder heim. Die randalierenden Landwirte bewarfen den Bürgermeister mit Steinen, der in einer harmlosen Zeremonie ein Strassenschild zu Ehren von Perina einweihte. Auch Wirtschaftsminister Roque Fernández musste sich eine Kundgebung randalierender Agraraktivisten mit Plakaten, Spanisch genannt „escrache“, vor dem Eingang zu seinem Landgut

im Süden von Entre Ríos gefallen lassen.

Die angesammelte Wut der Landwirte beruht sicherlich auf den niedrigen Weltmarktpreisen für Getreide, Futtermittel, Ölsaaten, Fleisch, Baumwolle, Schafwolle, Obst, Milch, Yerba, Zucker und Gemüse, kurzum nahezu alle Produkte, die die besonders reichhaltige und vielfältige argentinische Landwirtschaft erzeugt. Selten zuvor hat die Preisbaisse gleichzeitig alle Agrarprodukte betroffen wie gegenwärtig.

Das begann vor zwei Jahren mit den Finanz- und Währungskrisen in Südostasien, wurde im August 1998 durch den Zusammenbruch Russlands und im Januar 1999 durch die Maxiabwertung Brasiliens verschärft. Neben den Preisbaissen schlitterten beide Nachbarländer Brasilien und Chile zur gleichen Zeit in die Rezession wie Argentinien. Sie hatten sich zu den grössten Absatzmärkten Argentinien entwickelt. Nicht genug damit, drückten die Abwertungen Australiens und Brasiliens auf die Weizen- bzw. Sojapreise. Gleichzeitig erhöhten die USA und die EU ihre leidigen Agrarsubventionen (1998 US\$ 340 Mrd.) und betrieben gegenüber Argentinien unlauteren Wettbewerb mit subventionierten Exporten. Iran fiel seit letztem Jahr als Käufer von Ölsaatprodukten aus, nachdem die argentinische Regierung Iran beschuldigt hatte, an den Attentaten gegen die israelische Botschaft und das jüdische Hilfswerk AMIA beteiligt gewesen zu sein, was bislang nicht bewiesen werden konnte. China zog sich zudem als Käufer solcher Produkte zum Schutz der eigenen Verarbeitung zurück, und erstet Sojabohnen in USA anstatt wie vorher deren

verarbeitete Produkte in Argentinien.

Zu dieser Preismisere gesellte sich die letztjährige Steuerreform, die die Landwirtschaft deutlich diskriminiert. Die Steuer auf den vermeintlichen Gewinn kostet ein Prozent auf die Aktiven, die in der Landwirtschaft relativ zum Umsatz ungleich höher sind als in der Industrie oder gar in den Dienstleistungen. Die Steuer kann von den meisten Landwirten mangels Gewinnen nicht gegen die Gewinnsteuer abgesetzt werden. Diese Steuer soll Firmen zur Kasse bitten, die ihre Bilanzen gewinnlos frisieren.

Die zweite Steuer belastet die Zinsen mit 15%. Die Landwirtschaft ist zu angenommenen \$ 7 Mrd. bei den Banken zu meist hohen Zinssätzen verschuldet, so dass diese Steuer die Kreditkosten entsprechend verteuert. Die Steuer soll die Umgehung der Gewinnsteuer bei sogenannten „back to back“-Darlehen auf dem Umweg von Auslandsbanken teilweise verhindern, doch solche krumme Geschäfte werden nur ausnahmsweise von Landwirten gemacht, weshalb die Steuer sie direkt betrifft, ohne wie bei städtischen Schuldner einen Teil der hinterzogenen Steuer einzutreiben.

Beide neuen Steuern wurden als Ersatz zu den geringeren Einnahmen aus der Senkung der Lohnsteuern (Sozialbeiträge der Arbeitgeber) eingeführt, wobei die Landwirte viel weniger als die Industrie und die Dienstleistungen begünstigt werden, weil die Lohnkosten geringer als bei anderen Branchen ins Gewicht fallen.

Die Regierung ist in der Berichtswoche den Landwirten in

SE USA CADA
VEZ QUE SE LAVA
SECARROPAS

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

NUEVO



¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

**SERVICIOS
DIGITALES**

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

einer vierstündigen Sitzung mit Kredithilfen entgegengekommen, ohne beide Steuern abzuschaffen, wie es die Sprecher der Landwirtschaft pausenlos fordern. Das zufällig am gleichen Tag der Sitzung erlassene Gesetz 25.123 beschränkt sich auf eine Extrawurst für die Landwirte, indem ihnen eine Freigrenze von \$ 200.000 auf den Landwert zugestanden wird, die kleine Landwirte entlastet.

Neue Kredite bis \$ 800 Mio. der Banco Nación sowie der Provinzbanken von Buenos Aires und La Pampa sollen mit einer Zinssubvention von 3 Prozentpunkten von 12% auf 9% per annum subventioniert werden. Das Schatzamt dürfte bis \$ 100 Mio. zuschiesse, die bei der obwaltenden Kassennot nicht verfügbar sind, hat doch das Schatzamt dieser Tage verfügt, dass die Exportrückerstattungen der Mehrwertsteuer vorerst wieder gekürzt werden.

Verschuldete Landwirte sollen ihre Bankverbindlichkeiten auf 20 Jahre mit Nullkuponiteln und einer Anzahlung von 13,5% des Schuldkapitals refinanzieren oder, sollten sie die Anzahlung nicht aufbringen, den fälligen Kredit in drei Raten bis Anfang 2001 tilgen.

Die neue Kredittranche von \$ 800 Mio. soll durch eine Geldschöpfung der Notenbank finanziert werden, die sie in dieser Größenordnung im Rahmen der monetären Restriktion des Konvertibilitätsgesetzes leisten darf. Dieses Gesetz schreibt der ZB vor, ihre Finanzpassiven (Geldumlauf und Swap-Schulden) mit mindestens 67% an Devisenreserven plus eine kleine Tranche von Dollarpapieren zu decken. Gegenwärtig beträgt die Deckung rund 100% bei etwa US\$ 25 Mrd. Devisenreserven und Finanzpassiven, wobei die Banken in New York bei der Niederlassung der Deutschen Bank etwa US\$ 7 Mrd. an verzinsbare Pflichtreserven halten, die jene Deckung indirekt verbessert.

Trotzdem ist die Geldschöpfung zugunsten der Erntefinanzierung insofern gefährlich, als sicherlich andere kreditthungrige Branchen sich auch zum Wort melden werden, damit ihnen ebenfalls bequeme Kredite mit Zinssubventionen eingeräumt werden. Die metallverarbeitende Industrie hat sich bereits unlängst mit einer Kundgebung vor dem Industriesekretariat zum Wort ge-

meldet. Die Industriellenunion bemüht sich um eine Zollarhebung zwecks Schutz vor Importen. Solche Demarchen pflegen gelegentlich in Kreditgeschenken auszuarten, die den gesetzlichen Rahmen des Konvertibilitätsgesetzes zu sprengen drohen. Während der Tequila-Krise von 1995, als dieser Rahmen 80% Deckungsvorschrift betrug, wurde er auch ausgeschöpft, allerdings nur vorübergehend zur Hilfe notleidender Banken kraft massivem Depositenabzug und Kapitalflucht.

Unterdessen haben diese steuer- und kreditmässigen Linderungen das eigentliche Problem der Landwirtschaft nicht behoben,

Zunehmende Staatsschulden

Dass die Staatsschulden laufend zunehmen, darf keinesfalls überraschen. Das Defizit im Schatzamt sowie die neuen Verschuldungen, die der Kongress bestimmt und die sich aus Konsolidierungen schwebender Verpflichtungen ergeben, lassen den Schuldenberg pausenlos ansteigen.

Die jüngste Veröffentlichung des Schatzsekretariates im „Boletín Fiscal“ für das zweite Quartal 1999 geht von einer Nettoverschuldung des Schatzamtes zum 31. März von \$ 102,4 Mrd. aus. Netto heisst, dass die Finanzaktiven des Schatzamtes, nicht der Zentralbank, von der Bruttoverschuldung abgezogen werden, als ob mit jenen Aktiven die Passiven getilgt werden könnten, was eigentlich nur auf dem Papier steht, aber nie geschieht.

Diese Aktiven betragen an jenem Stichtag \$ 11,1 Mrd., so dass die Bruttoverschuldung auf \$ 113,6 Mrd. anschwillt. Im zweiten Quartal wurden Neuschulden im Ausland und Inland für \$ 10,4 Mrd. eingegangen und \$ 7,6 Mrd. getilgt. Hinzu kamen vorzeitige Rückkäufe von Staatstiteln für \$ 3,8 Mrd., wodurch die Neuverschuldung \$ 2,5 Mrd. erreichte. Davon werden als Kursdifferenzen \$ 1,1 Mrd. abgezogen, weil der Peso mit dem US-Dollar gegenüber dem Yen, Schweizer Franken und Euro aufgewertet wurde, so dass die Verschuldungen in diesen Währungen in der Landeswährung weniger wert waren. Umgekehrt steigen diese Schuldverbuchungen neuerdings mit der Dollarabwertung, bezogen auf die drei genannten Währungen.

weil die Regierung die Weltmarktpreise nicht beeinflussen kann und eine Abwertung zugunsten der Landwirtschaft wie 1997 in Australien und Neuseeland ausgeschlossen ist, würde sie doch die in Dollarkrediten verschuldeten Landwirte ebenso hart treffen wie alle anderen Dollarschuldner in Argentinien. Da neue Verschuldungen zu Marktzinsen viel zu teuer und lebensgefährlich für die kreditnehmenden Firmen sind, dürfte die Landwirtschaft zunächst weniger produzieren, bis sich die Weltkonjunktur auf dem Agrarsektor verbessert und die Zinsen im Land abnehmen, was kaum vor 2000 geschehen dürfte.

Das Ergebnis dieser Übung ist eine Zunahme der Bruttoverschuldung um \$ 1,5 Mrd. auf \$ 115,3 Mrd. zur Jahresmitte. Nach Abzug leicht gestiegener Finanzaktiven für \$ 12,4 Mrd. verbleibt die Nettoverschuldung mit \$ 102,9 Mrd. mit einem Zuwachs von nur \$ 455 Mio. im zweiten Quartal 1999.

Dass die Bruttoverschuldung des Schatzamtes in der Berichtsperiode um \$ 1,5 Mrd. zugenommen hat, entspricht der Neuverschuldung im Haushaltsjahr 1999 von \$ 6,0 Mrd., wie sie mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart worden ist, nämlich genau ein Viertel dieses Betrages. Die Anrechnung der Finanzaktiven verschönert das keinesfalls erfreuliche Verschuldungsbild des Schatzamtes, hat aber keine echte Bedeutung.

Die Staatsschulden entwickeln sich je länger desto deutlicher als der echte Schwachpunkt der argentinischen Wirtschaft. Mit Provinzen, Bundeshauptstadt

Handelszank mit Brasilien

Nachdem die argentinische Regierung Importkontingente für Woll- und Baumwolltextilien aus Brasilien, China und Pakistan festgelegt hatte, platzte der brasilianischen Regierung dieser Tage der Kragen. Sie betrachtet solche Einschränkungen des Mercosur-Warenverkehrs als widerrechtlich und hat alle laufenden Handelsverhandlungen eingestellt. In der kommenden Woche soll eine Konferenz der Spitzenbeamten offenbar alle offenen Fragen behandeln. Sie wurde auf Antrag Brasiliens vom derzeitigen Mercosur-Vorsitzenden Uru-

und Gemeinden, die angenommenerweise mit rund \$ 20 Mrd. verschuldet sind, wächst der Schuldenberg der öffentlichen Hand Argentiniens auf etwa \$ 135 Mrd. an. Das ist bereits nahe der Hälfte des revidierten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von weniger als \$ 300 Mrd. und steuert rapide auf die im Vertrag von Maastricht für Euroland angegebene Schallgrenze von 60% zu.

In Europa können es sich die meisten Euroländer leisten, ihren Schuldenberg von mehr als 60% des BIP langsam abzubauen, wie sie es bereits tun, weil sie die Staatsschulden im eigenen Kapitalmarkt, gegenwärtig in ganz Euroland, refinanzieren und deshalb nicht von den Finanzkrisen in der Welt betroffen werden, die sie kaum berühren.

Der argentinische Kapitalmarkt sowie zahlreiche Gläubiger der Schatzämter sind nur bestenfalls zur Hälfte der Tilgungen bereit, für die unerlässlichen Refinanzierungen einzuspringen. Die andere Hälfte muss im Ausland plaziert werden, wo Argentinien als Schuldnerland neuerdings kritischer angesehen wird, so dass die Zinsen zunehmen, zu denen Titel untergebracht werden. Die Rating-Agentur Standard and Poor's hat unlängst ihre Beurteilung argentinischer Staatsbonds nach unten revidiert. Kein Wunder daher, dass die Länderrisiko-prämie munter über 900 Basispunkte (9%) über gleichlange Treasuries verharrt und deutliche rote Lichtsignale an die Adressen der Regierung, der Präsidentschaftskandidaten sowie ihrer wirtschaftspolitischen Referenten entsendet, damit endlich mit der uferlosen Defizitwirtschaft und dem wachsenden Schuldenberg aufgehört wird.

guay einberufen.

Die Textilkontingente für Brasilien beruhen auf den Folgen der Abwertung des Real Mitte Januar, der verarbeitete brasilianische Waren wie Textilien fühlbar verbilligt hat, nachdem die Löhne seither viel weniger als die Abwertung um 50% von \$R 120 zu etwa \$R 180 zum US\$ zugenommen haben. Diese Folgen für die Importe Argentiniens aus Brasilien waren im Januar verniedlicht worden, wurden aber nachher genauestens beobachtet, bis die argentinischen Behörden auf Betreiben der Textilindustriellen den

Schaden anerkannten und sich auf das Textil-Abkommen in der WHO, vormals GATT, beriefen, das Importkontingente zulässt. Bisher hatte Argentinien von diesem verbrieften Recht nicht Gebrauch gemacht.

Die brasilianische Regierung steht auf dem Standpunkt, dass solche Importrestriktionen im Mercosur seit 1994 verboten sind, als die unvollkommene Zollunion in Kraft gesetzt wurde. Hierüber wird nächste Woche verhandelt werden, wobei gegebenenfalls ein Schlichtungsverfahren eingeleitet werden kann. Je ein Sachverständiger für Brasilien und Argentinien und der dritte aus Uruguay oder Paraguay fällen ihr Urteil, wie es bereits ein Mal geschehen ist, als ein Schiedsgericht Brasilien verurteilte, das die Importlizenzen aufheben muss, gegen die Argentinien Einspruch mit ähnlichen Argumenten wie jetzt Brasilien erhoben hatte.

Hinter den Textilkontingenten lauern gleiche Importkontingente für Schuhwerk. Die argentinische Schuhbranche fordert ein Kontingent von 4 Mio. Paaren im Jahr aus Brasilien gegen 10 Mio., die im Vorjahr importiert worden sind. Auch diesbezüglich macht sich die Abwertung des Real bemerkbar. Die Einberufung des Verhandlungsgipfels hat inzwischen das Schuhkontingent auf Eis gelegt.

Die brasilianischen Stahlindustriellen beklagen sich über den Mindestpreis von 410 Dollar je t, den die argentinischen Behörden für die Einfuhr von Stahl aus Brasilien, Russland und der Ukraine verfügt haben, weil ihre Produkte daraufhin im argentinischen Markt zu teuer sind. Genau das bezweckte der Mindestpreis, zu dem Stahl verzollt wird. Stahl darf jetzt nach Ablauf der Übergangsperiode zollfrei in der Zollunion Mercosur gehandelt werden.

Zucker wird in Argentinien auf Grund eines Sondergesetzes nach wie vor mit einem Fixzoll sowie einem variablen Zollsatz, je nach Weltmarktpreisen, aus Brasilien verzollt, ebenso wie aus anderen Ländern. Argentinien besteht darauf, dass Brasilien den Zucker auf dem Umweg subventioniert, dass der Alkohol aus Zuckerrohr als Beimischung zum Benzin steuerfrei ist, wogegen Benzin die Kraftstoffsteuer be-

zahlt. In der Folge ist Zucker nur ein Nebenprodukt des subventionierten Alkohols und kann billig verkauft werden. Brasilien hat sich mit diesen und anderen Subventionen zum weltweit grössten Zuckerproduzenten und -exporteur entwickelt und drückt mit gewaltigen Überschüssen auf die Weltmarktpreise. Zucker ist freilich überall geschützt, wird entweder nicht für den Import zugelassen oder nur durch Kontingente wie in USA, während in der EU auch der variable Zollsatz gilt wie in Argentinien. Brasilien behauptet, dass sein Zucker nicht subventioniert ist. Bei diesem Zankapfel treten beide Parteien auf der Stelle, ohne ein Schiedsverfahren einberufen zu haben.

Argentinien begründet die Schutzmassnahmen bei Textilien, Schuhwerk, Stahl und Zucker mit einem Paragraphen des Aladi-Integrationsabkommen von 1980, das Importrestriktionen zulässt, wenn ein Schaden vorliegt. Mercosur ist ein sogenanntes Komplementärabkommen des Aladi-Regelwerks, woraus die juristische Begründung der Importkontingente und Schutzzölle abgeleitet wird. Brasilien bestreitet dieses Argument und besteht darauf, dass ab 1994 keinerlei Restriktionen zulässig sind.

Dabei hat Brasilien in den letzten Jahren mehrmals Importrestriktionen innerhalb und ausserhalb des Mercosur erlassen, wobei gegebenenfalls Importlizenzen, Sanitätsvorschriften, Finanzierungsgrenzen und dergleichen galten und teilweise noch gelten. Das hat mehrmals zu Streitfällen geführt, die mühsam dank Verhandlungen auf höchster Ebene ausgebügelt werden konnten. Ähnlich wie Sanitätsrestriktionen wirken die argentinischen Vorschriften, dass Elektronik aus Brasilien vor dem Import einem Labortest unterzogen werden müssen, der in Argentinien mangels ausreichender Einrichtungen für diesen Zweck verzögert wird. Andererseits pochen brasilianische Milchbauern auf einen Antidumpingzoll, weil sie nicht mit argentinischen Molkeprodukten konkurrieren können. Brasilien ist Hauptabsatzmarkt für argentinische Molkereiprodukte. Auch nach der Abwertung haben die Lieferungen zugenommen, wiewohl zu niedrigeren Preisen.

Der sicherlich weittragendste Streitfall betrifft den Handel mit Kraftfahrzeugen. Die Frist des 31. Juli, den sich die Präsidenten Cardoso und Menem unlängst auf ihrer Gipfelkonferenz in Buenos Aires gesetzt hatten, damit das Kfz-System ab 2000 fertig vorliegen sollte, ist mit dem jüngsten Zank abgelaufen, ohne dass eine Einigung erzielt werden konnte. Jüngster Streitfall ist die massive Subvention für die Niederlassung einer Ford-Fabrik unweit Salvador, im nordöstlichen Gliedstaat Bahia, mit einer Kapazität von 250.000 Kfz im Jahr. Ford wollte sich ursprünglich, ebenfalls dank einer Subvention, im südlichsten Staat Rio Grande do Sul niederlassen, verzichtete aber darauf, nachdem dessen Regierung die Subvention sistierte, die die Vorgängerregierung versprochen hatte. Für Bahia plädierte der dort ansässige mächtige Senatspräsident Antonio Carlos Magalhaes, ohne dessen politische Unterstützung Präsident Cardoso im Parlament machtlos ist. Magalhaes hatte am letzten Tag vor den Winterferien die Verlängerung des 1997 abgelaufenen Förderprogramms für Bahia durchgesetzt.

Die Importsteuern auf Maschinen, Dienstleistungen, Autoteile und komplette Kfz sollen halbiert, die Körperschafts- und die Steuer auf Finanzbewegungen sollen erlassen werden, beides für zehn Jahre. Die Entwicklungsbank soll US\$ 500 Mio. als zinsgünstige Finanzierung bereit stellen. Solche traumhafte Anreize sollen 17 Zulieferer nach Bahia anziehen.

Im Gegenzug schliesst Ford die Lastwagenfabrik in Sao Paulo und verlegt sie in ihr dortiges Kfz-Werk, was bereits einen Sturm der Entrüstung der betroffenen Mitarbeiter hervorgerufen hat und auch die lokalen Politiker in Wut versetzt. Ähnliche Entwicklungen darf man erwarten, wenn die neuen Werke von Audi/VW und Renault in Curitiba, GM in Rio Grande do Sul, Peugeot in Rio de Janeiro sowie Fiat und Mercedes in Minas Gerais produzieren und gegen ihre eigenen Werke im Raum Sao Paulo konkurrieren. In Argentinien hat gleichfalls Fiat das Peugeot-Werk in Berazategui geschlossen und die Fabrikation nach Córdoba verlegt.

Für Argentinien ist das subventionierte Ford-Werk in Bahia

ein schmerzhafter Dorn im Auge. Industriesekretär Guadagni droht, dass die Kfz aus Bahia wie aus Drittstaaten verzollt und nicht zollfrei wie andere Kfz aus Brasilien zugelassen werden, weil vereinbart worden war, dass die Subventionen für neue Fabriken ab 2000 aufhören und nicht zehn Jahre weiter laufen wie im Fall Ford/Bahia.

Die Tagesordnung des Verhandlungsgipfels nächster Woche ist sicherlich vollgepropft mit brenzlichen Handelszänken. Ob Kompromisse erzielt werden oder ob weiter auf der Stelle getreten werden wird, muss abgewartet werden. Unterdessen fürchtet man in Buenos Aires, dass Brasilien gegebenenfalls Repressalien ergreift, so dass der seit Jahresbeginn schrumpfende bilaterale Handel als Folge der Rezessionen in beiden Ländern und der brasilianischen Abwertung noch mehr Schaden erfährt.

All das hat dazu geführt, dass plötzlich in beiden Ländern Stimmen laut werden, die die Zollunion im Mercosur in eine Freihandelszone ummodellieren wollen, damit jedes Land auf eigene Faust die Zölle und Importrestriktionen aus Drittländern festlegt, wie es die Industriellen in beiden Ländern zwecks Schutzzöllen längst fordern.

Das würde dem Mercosur freilich den Garaus machen und der Preisinflation auf dem Umweg von Schutzzöllen Tür und Tor öffnen wie weiland bis Anfang der neunziger Jahre, als die Wirtschaft Brasiliens und Argentiniens geöffnet wurde, indem die Zollsätze massiv gesenkt und Importlizenzen weitgehend abgeschafft wurden.

Der jetzige Handelszank beruht in seiner Intensität auf den Rezessionen in beiden Ländern und dürfte weitgehend von alleine verschwinden, kaum dass wieder BIP-Wachstum verzeichnet wird, wie es ab 2000 erwartet wird.

Unterdessen müssen die bestmöglichen Kompromisse ausgehandelt werden, ohne auf die Zollunion zu verzichten, die beiden Ländern bisher grundsätzlich sehr nützlich gewesen ist. Eine Freihandelszone würde ein Rückschritt bedeuten, den man möglichst vermeiden sollte.

Die MWSt.-Hinterziehung nach Branchen

Die föderale Verwaltung für öffentliche Einnahmen (AFIP) hat soeben eine Studie über die Hinterziehung der MWSt. nach Branchen für das Jahr 1997 fertiggestellt, deren Auszug die Zeitung „La Nación“ veröffentlicht hat. Danach sind die Hinterziehungssätze sehr unterschiedlich. Würde man die Sparte „Industrie“ auseinandernehmen, würde man feststellen, dass die Hinterziehung bei den Endfabriken

der Kfz-Industrie praktisch Null ist, da die Fahrzeuge nicht registriert werden können und somit kein Nummernschild erhalten, wenn die MWSt. nicht beglichen worden ist. Hingegen ist die Hinterziehung bei der Fleischindustrie besonders gross. Der Durchschnitt für die ganze Industrie besagt somit sehr wenig.

Die zusammengefasste Hinterziehungstabelle sieht folgendermassen aus:

Branche	Effektive Steuereinnahmen 1997 (in Mio. Pesos)	Hinterziehungssatz (in % der potentiellen Steuereinnahmen)
Landwirtschaft	953	53,6
Bergbau	280	0,9
Industrie	8.299	15,1
Energie	947	1,1
Bauwirtschaft	822	53,9
Handel	4.679	38,4
Hotels und Restaurants	737	26,0
Transport und Lagerhäuser	1.656	26,0
Immobilien	3.360	16,5
Andere	268	16,9
Insgesamt	22.002	26,7

Beim Bergbau ist die Hinterziehung gering, weil ein grosser Teil von der MWSt. ausgenommen ist. Bei Energie (Elektrizität, Erdöl und Erdgas) ist die Hinterziehung kaum möglich.

Zu dieser Statistik sei zunächst bemerkt, dass die Hinterziehungssätze gesamthaft als zu niedrig erscheinen. Wenn man die gesamten Einnahmen der MWSt. auf das BIP bezieht und dabei den Staat und die nicht belasteten Sektoren ausnimmt, gelangt man prima facie auf eine höhere Rate. Der normale Bürger hat den visuellen Eindruck, den er beim Einkauf im Kleinhandel und bei privaten Dienstleistungen erhält, dass die Hinterziehungssätze höher ist. Vor allem im Landesinneren, in den kleineren Dörfern, besteht der Eindruck, dass die Leute die Existenz der MWSt. überhaupt ignorieren.

Die Sprecher der landwirtschaftlichen Verbände haben sofort Protest erhoben und behauptet, diese Hinterziehungssätze seien weit übertrieben. Es ist möglich, dass ein Teil der Hinterziehung, der auf den Handel und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte entfällt, hier den Landwirten zugerechnet wurde.

Eine Studie vom November 1997, die der Verband der

Fleischindustrie („Asociación de Industrias Argentinas de la Carne“) in Auftrag gegeben hat, die von den Experten Alberto de las Carreras (ehemaliger Staatssekretär für Handel im 1. Halbjahr 1982) und Luis Bernardou durchgeführt wurde, ist zum Ergebnis gelangt, dass die Fleischwirtschaft, vom Landwirt bis zum Metzger oder zum Exporteur insgesamt einen Jahresbetrag von \$ 847 Mio. hinterzieht, von dem \$ 431 Mio. auf die MWSt. entfallen, \$ 359 Mio. auf die Gewinnsteuer und \$ 57 Mio. auf Soziallasten und Gebühren.

Wie viel von der hinterzogenen MWSt. auf die Landwirte entfällt, ist schwer zu sagen. Die Studie verweist auf vier Formen der Hinterziehung: a. Schwarzverkauf von Rindern; b. Verkauf zu einem niedrigeren Preis als dem wirklichen; c. Angabe eines geringeren Gewichtes als des wirklichen; d. Angabe einer anderen Kategorie von Rindern, deren Preis geringer ist. Wenn man davon ausgeht, dass der Landwirt vom Endpreis etwa die Hälfte erhält, dann müsste somit die MWSt.-Hinterziehung über \$ 200 Mio. liegen.

Dabei ergibt sich dann auch, dass der Rinderbestand wesent-

lich höher ist, als ihn die offizielle Statistik angibt, nach der er unter 50 Mio. liegt. Wenn man die historische Entwicklung des Bestandes nimmt, jeweils die jährlichen Geburten hinzuzählt und die Schlachtungen und Verendungen abzieht, gelangt man auf alle Fälle auf über 55 Mio. Rinder. Bei der offiziellen Statistik kommt man zum Ergebnis, dass es kaum einen technologischen Fortschritt gegeben hat, dass die Geburtenrate unverändert geblieben ist und die Mästungsfortschritte inexistent sind. Es erscheint unwirklich, wenn man den bedeutenden technologischen Fortschritt bei der Erzeugung von Getreide und Ölsaat berücksichtigt, der in der Rekorderte 1997/98 zum Ausdruck gekommen ist, dass die Rinderwirtschaft ganz zurückgeblieben ist. Die Statistik wird eben durch Umfragen aufgestellt, bei denen jeder Landwirt lügt, so weit es ihm passt und konveniert. Nur eine satellitäre Aufnahme würde den echten Bestand ergeben.

Die Rinderzucht und -mästung wäre jedoch nur ein Fall. Bei Getreide und Ölsaat ist die Hinterziehungssätze hingegen geringer, ebenso bei Baumwolle, Tabak, Trauben, Geflügel, u.a. Produkten. Sehr hoch ist sie hingegen bei Gemüse, das von kleinen Landwirten erzeugt wird und zum grossen Teil von kleinen Einzelhändlern verkauft wird, die schwer zu kontrollieren sind.

Die Hinterziehung bei der Rindfleischwirtschaft ist nicht nur steuerlich schwerwiegend, sondern auch, weil sie unlauteren Wettbewerb schafft und den gut eingerichteten Schlachthäusern, die vornehmlich für den Export arbeiten, den Zugang zum Binnenmarkt sperrt. Dies führt periodisch zu schweren Krisen; in letzter Zeit haben mehrere Schlachthäuser dieser Art geschlossen, mit oder ohne Konkurs. Aber ausserdem sollte normalerweise Teile des Rindes für den Export bestimmt werden und andere Teile für den Binnenmarkt.

Als Felipe Solá Landwirtschaftssekretär war, leitete er Studien über ein Kontrollsystem für Weizenmühlen, Schlachthäuser u.a. ein, mit automatischen Waagen und Eingabe der Daten in einen geschlossenen Datenspeicher, zu dem nur die Behörden Zugang haben. Das sollte privat kontrol-

liert werden. Sein Nachfolger Gumersindo Alonso unterbrach diese Arbeit und entliess die Fachleute, die dabei tätig waren. Unter dem neuen Landwirtschaftssekretär Ricardo Novo wurde diese Initiative wieder aufgenommen. Die Entscheidung liegt jetzt beim Wirtschaftsminister. Diese private Kontrolle kann allein bei Schlachthäusern (was die Kontrolle der Lieferanten und Kunden mit sich bringt) gute \$ 400 Mio. pro Jahr einbringen, wobei allein der Beginn der Kontrolltätigkeit die Unternehmer der Branche schon dazu verleiten würde, die Hinterziehung zu verringern. Die Regierung hat hier eine bedeutende potentielle Einnahmequelle, was ihr erlauben kann, bei den Steuern, die die Landwirte beanstanden (auf den vermuteten Gewinn und auf gezahlte Zinsen) grösszügig zu sein und eine Fristverlängerung zu gewähren oder sie zeitweilig oder ganz ausser Kraft zu setzen.

Was die Bauwirtschaft betrifft, so haben die Verbandssprecher ebenfalls protestiert. Allein, bei dieser Branche hat das Arbeitsministerium schon mehrmals festgestellt, dass über 50% der Arbeitnehmer schwarz arbeiten. Der vom Steueramt ermittelte Hinterziehungskoeffizient stimmt mit dieser Ermittlung somit überein. Gewiss ist die Hinterziehung der MWSt. bei öffentlichen Bauten praktisch inexistent, weil der Staat als Auftraggeber keine Rechnungen ohne diese Steuer entgegennimmt. Bei Bauten, die im Rahmen von Konzessionsverträgen durchgeführt werden, dürfte sie ebenfalls gering sein, da die Steuer dann mit dem Verkauf der Dienstleistung oder des Produktes verrechnet wird. Ebenfalls dürfte die Hinterziehung bei grossen privaten Bauten, wie z.B. Hochhäusern, gering sein. Aber bei kleinen Bauten und vor allem bei Erneuerungen und Erweiterungen von Wohnungen ist sie ganz bestimmt horrend hoch, so dass man im Schnitt wohl auf den oben angegebenen Koeffizienten gelangt. Hier muss die Kontrolle zunächst vom Arbeitsamt durchgeführt werden. Würde die Arbeitspolizei privatisiert, dann würde die Schwarzarbeit auf einen Bruchteil zurückgehen, und mit ihr auch die Steuerhinterziehung. Denn der Staat hat in seiner Kontrollfunktion erneut versagt.

Randglossen

Die letzten Umfragen über die Wählerabsichten geben Fernando de la Rúa einen deutlichen Vorsprung bis 13 Punkte vor Eduardo Duhalde. Der Provinzgouverneur, der als umfragehörig gilt, reagiert sauer auf diese Tendenz und beschuldigt seinen Gegner de la Rúa, dass er eine sogenannte Schmutz-Kampagne mit Verleumdungen gegen ihn in die Wege leitet und sich der Presse bedient, indem die Titel und der Inhalt gewisser Artikel manipuliert werden. De la Rúas Mitarbeiter antworteten mit einer Eingabe vor Gericht, damit Duhalde seine Behauptungen beweise, was sicherlich kaum möglich ist. Unterdessen musste der justizialistische Kandidat seine formelle Vorstellung mit seinem Regierungsprogramm bis zum 14. August aufschieben, ohne dass geklärt wurde, ob Präsident Menem, der ja Vorsitzender des Parteivorstandes ist, und alle justizialistischen Gouverneure dabei sein werden. Der leidige parteiinterne Streit der letzten Jahre konnte offenbar noch nicht zusammengekittet werden.

Es geht bei der Schmutz-Kampagne um die Korruption. Julio Carpinetti, erster Verwalter des Sonderfonds von 600 Millionen Pesos, den Duhalde seinerzeit als Bedingung für seine Kandidatur ausgehandelt hatte, zeigte Schmiergelder bei Bauaufträgen an, nachdem ihm selber der Laufpass gegeben worden war. Duhalde kontert, dass in der Provinz Buenos Aires oppositionelle Beamte die Kontrollen durchführen und nichts beanstandet haben. Auch de la Rúa wird durch den Korruptionsskandal in der Bundeshauptstadt mit Schmutz bespritzt, nachdem ehemalige Präsidenten des Gemeinderates, darunter auch sein Parteifreund Juan Trilla, verhaftet worden sind, weil sie angeblich Beamte eingestellt haben, die nie gearbeitet haben. Einige dieser im Volksmund als „ñoquis“ bezeichneten Günstlinge der Parteipolitiker wissen nicht einmal, dass jemand in ihrem Namen die Gehälter bezog. Schmutzskandale beflecken stets die Wahlkämpfe. Ob die Korruption deshalb beseitigt werden kann, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Das liebe Staatsgeld lockt leider.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze für Fristdepositen auf 30 Tage betragen in der Berichtswochen bei den wichtigsten Banken für Pesos 5,65% bis 7% und für Dollar 4,75% bis 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswochen am Donnerstag um 1% auf 471,73, der Burcapindex stieg 0,4% auf 899,37 und der Börsenindex legte knapp 0,1% auf 18.980,71 zu.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswochen um 2,2% auf \$ 0,7275.

Die Gruppe BBV Adeslas erweitert ihre Präsenz im Gesundheitsbereich und hat 51% des Bazterrica Sanatoriums für US\$ 16 Mio. erworben. Innerhalb von 5 Jahren soll die Beteiligung auf 100% erhöht werden. Im April '99 übernahm die BBV (Banco Bilbao Vizcaya) für US\$ 17,8 Mio. 50% der hiesigen Filiale der Adelsas Seguros de Salud, einer Tochtergesellschaft von Aguas de Barcelona, und will vorerst bis zu US\$ 100 Mio. in den Gesundheitsdienst investieren.

Nach der Schweiz und London

hat die zur Soldatengruppe gehörende Sociedad Comercial del Plata (SCP) auch in Buenos Aires den Umschuldungsplan für ihre Obligationen vorgestellt. Es wurden 2 Optionen gegeben: Eintausch der Forderungen gegen festverzinsliche Papiere oder gegen Aktien der SCP bzw. der Compañía General de Combustibles (CGC). Die Gläubiger können die Zusammensetzung bestimmen. Die festverzinslichen Papiere haben eine

Roque Fernández und die Oppositionswirtschaftler in New York

Wirtschaftsminister R. Fernández und die drei Hauptreferenten für Wirtschaftsfragen der Opposition, Jorge Remes Lenicov für den Justizialismus, José Luis Machinea für die Allianz und Adolfo Sturzenegger für „Acción para la República“ (Cavallo), traten am Donnerstag im Hotel Essex in New York gemeinsam vor über hundert Finanzagenten von Wall Street auf, im Rahmen einer von Goldman Sachs durchgeführten Veranstaltung.

Alle vier sprachen sich für die Beibehaltung der Konvertibilität, der Stabilitätspolitik, der Ausmerz des Budgetdefizites, der vollen Achtung der Privatisierungen und der vollen Anerkennung der von Argentinien eingegangenen Verpflichtungen aus. In diesem Sinn war vornehmlich Remes Lenicov sehr deutlich, der auf diese Weise den unvorsichtigen Äusserungen des Präsidentschaftskandidaten Duhalde widersprach. Die drei Wirtschaftsreferenten der Oppositionsparteien einigten sich, dass man im Ausland eine gemeinsame Haltung zeigen, und die Differenzen für die Diskussion in Argentinien reservieren müsse.

Die Zuhörenden fragten, ob es denn keine Unterschiede gebe. Diese kamen in Aspekten zum Ausdruck, die mehr theoretisch klingen, nämlich eine aktive Beschäftigungspolitik, eine bessere Einkommensverteilung, mehr Transparenz u.dgl. mehr. Diese Einigung in Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik ist ein Ausdruck von politischer Reife. Dies sollte zur Senkung der Landesrisikorate beitragen.

Laufzeit von 7 Jahren mit 2 Jahren Karenz. Im 3. Jahr werden 35% des Kapitals rückerstattet, im 5. Jahr 33% und im 7. die restlichen 32%. Die Zinssätze sind 7% bis zum 3. Jahr, 9% im 4. und 5. Jahr und 12% im 6. und 7. Die Gewinne des Holdings werden ausschliesslich zur Zahlung der Verpflichtungen eingesetzt. Die Gesamtschulden der Gruppe betragen US\$ 735 Mio., davon US\$ 220 Mio. in Obligationen, die meisten mit Fälligkeit in der 2. Hälfte 2000. Ferner ein unbezahlter Bond für US\$ 25 Mio. der im März fällig war und nicht bedient wurde und US\$ 6 Mio. andere Schulden. Die Aktiven des Holding betragen US\$ 1,2 Mrd..

Der Investmentfonds Hicks, Muse, Tate & Furst (HMTF) besitzt das Kontrollpaket von CEI Citicorp Holdings. Die Übernahme er-

folgte über komplexe Bewegungen, bei denen die República-Gruppe ihre Aktien von HMTF durch Verkäufe und Beteiligungen der HMTF Argentina Media Investment (AMI) übertrug, die nun CEI kontrolliert. Wie an der Börse bekanntgegeben wurde, erwarb AMI von República Holdings und der República Bank Citicorp-Aktien für US\$ 124,42 Mio., bzw. 8,23% der zum 31.12.98 in Umlauf befindlichen Aktien. Der Preis entspricht einer Unternehmensbewertung von US\$ 1,6 Mrd., 30% über dem Buchwert. Die Bewertung liegt ungefähr 28% unter jener, die HMTF im Vorjahr für 32,5% von CEI bezahlte.

Die Reserven und Einlagen im argentinischen Finanzsystem nahmen im Juli um US\$ 2 Mrd. zu, gegenüber der Stagnierung der letzten Monate. Grund sei der Kauf

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	7.6.99	17.6.99	18.6.99	28.6.99	7.7.99	12.7.99	19.7.99	26.7.99
Gold, Devisen u. Anlagen	23,82	23,57	23,51	24,07	24,81	25,33	25,46	25,08
Staatspapiere	1,66	1,65	1,67	1,56	1,50	1,48	1,46	1,53
Internat. Reserven ZB	25,48	25,22	25,18	25,63	26,31	26,81	26,92	26,62
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,63	6,73	6,83	7,12	7,40	7,03	7,05	7,21
Währungsreserven des Finanzsystems	32,10	31,95	32,00	32,75	33,71	33,84	33,97	33,81
Notenumlauf	14,75	14,53	14,17	13,89	14,54	15,48	15,03	14,72
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,12	0,18	0,15	0,03	0,07	0,16	0,21	0,01
Monetäre Passiven	14,87	14,70	14,32	13,92	14,61	15,48	15,24	14,74
Nettosaldo Swaps	9,9,21	9,16	9,46	10,32	10,23	9,86	10,26	10,43
Depositen der Regierung	0,47	0,68	1,06	1,23	1,73	1,60	0,88	0,68
Finanzpassiven	23,81	24,08	23,78	24,24	24,90	25,35	25,50	25,17

Quelle: Zentralbank

von YPF SA durch Repsol. Der von M. Redrado geleiteten Stiftung Capital zufolge sind die Zunahmen an Einlagen um Reserven im Juli Rekord der letzten 12 Monate. Die Einlagen nahmen um 2,4% auf 81 Mrd. Dollar und Pesos zu, wobei die Pesoeinlagen um \$ 1,4 Mrd. zunahmen, die Dollareinlagen um US\$ 500 Mio., wodurch der Dollaranteil an denselben von 57,5% auf 56,8% zurückging.

Das Wasserkraftwerk Piedra del Aguila gab an der Börse von Buenos Aires bekannt, dass es zur Umstrukturierung seiner Passiven 2 Schuldsscheine im Nennwert von US\$ 92,7 Mio. ausgeben wird. Sie sind Teil des Eintauschangebotes des Unternehmens für seine Obligationen V und VII, deren Inhaber die neuen Wertpapiere im Austausch angeboten werden. Noch wird mit den Gläubigern über die Umschuldung verhandelt.

Die Wirtschaftsführung der Provinz Buenos Aires hat den Termin für die Eintragung in den Erleichterungsplan für Steuerschulden bis zum 31.8.99 verlängert. Schulden an Immobilien-, Kfz-, Bruttoeinnahmen-, Stempel- und Wasserfahrzeugssteuern bis zum 30.9. 1998 können bereinigt werden, indem entweder Barzahlung oder 5% Anzahlung mit bis zu 10 Raten geleistet wird. Bis Ende Juni 99 habe rd. 400.000 Steuerpflichtige Schulden für über \$ 736 Mio. über den Erleichterungsplan beglichen.

Der Austausch von Kfz-Zuliefererteilen mit Brasilien ergab 1998 ein Defizit von US\$ 738 Mio., um 25% mehr als im Vorjahr, wie der Kfz-Industriellenverband Afac bekanntgab. Brasilien kauft 67% aller argentinischen Kfz-Zulieferungen an das Ausland, im Vorjahr für US\$ 528 Mio. Aus Brasilien wurde im Gegenzug für US\$ 1,27 Mrd. geliefert. Von diesen Einfuhren gingen 25% an Hersteller von Zuliefererteilen, 55% an Fabriken und 20% an den Ersatzteilhandel.

Ab 1.8.99 gehen die Strompreise an Haushalte um durchschnittlich 2,5% und an die Industrien, die aus dem Grosshandelsnetz beziehen, um 20% zurück, wie das Industrieministerium bekanntgab. Die Änderung erfolgt im Rahmen der vorgesehenen Quartalsanpassungen. Der Grosshandelspreis geht für das Quartal von \$ 22,47 pro MWh auf \$ 18,02 pro MWh zurück. Die nächste Quartalsanpassung erfolgt am 31.10.

Im Juni gingen die Umsätze der Supermärkte im Vorjahresvergleich um 1,6% zurück, die der Shoppings legten 5,1% zu. Nach qm Verkaufsfläche verringerten sich die Juniumsätze der Supermärkte um 11,8%. Wie das Statistikamt Indec weiter berichtet, beträgt der Umsatz-

rückgang der Supermärkte im 1. Halbjahr im Vorjahresvergleich 0,4%.

Mit Beschluss 215/99 wurden die Beträge, über die hochgestellte Regierungsbeamten für Ankäufe und Dienstleistungen ohne Sondergenehmigung verfügen können stark erhöht, die Hierarchie der verfügbaren Beamten herabgesetzt. Damit werde eine Erleichterung für die Verwaltung, keineswegs eine Lockerung der Sparmassnahmen angestrebt.

Der Oberste Gerichtshof hat nach achtmonatiger Untersuchung den Beschluss gefasst, dass alle gerichtlichen Versteigerungen in einem Gebäude, Hipólito Yrigoyen 2042, Bundeshauptstadt, stattfinden müssen, statt wie bisher in den Räumlichkeiten der Verbände der Versteigerer („Asociación de Martilleros“) Perón 1233, Talcahuano 479 und Uruguay 666. Das neue Lokal wird von einem Justizbeamten kontrolliert, und beherbergt auch die Agentur einer staatlichen Bank, damit die Beteiligten nicht hohe Barbeiträge mitbringen müssen. Ausserdem wurde bestimmt, dass die Sekretäre oder stellvertretenden Sekretäre der Gerichte, die die Versteigerung anordnen, anwesend sein müssen, was bisher nicht der Fall war. Allen Interessenten soll jetzt die Garantie gegeben werden, dass sie sich an der Versteigerung beteiligen können. Bisher hat die sogenannte „Liga“, die eine wahre Mafia darstellt, dies stets verhindert, gelegentlich sogar mit Gewalt oder Drohungen, so dass Immobilien meistens zu einem lächerlichen Preis zugeschlagen wurden, zum Schaden von anderen Interessenten und auch des Eigentümers und dessen Gläubigern, deren Forderungen dann gelegentlich nicht ganz gedeckt wurden.

Das Industrie- und Handelssekretariat gab bekannt, dass ausser den 4 bereits genannten Banken (AT 24.7.99), 10 weitere die Zinsbelastung bei Kreditkarten von dem Tag der Abrechnung auf das Einkaufsdatum vorverlegt haben, was diese Belastung um rd. 30% erhöhe. Die Banken seien de Galicia, Provincia de Buenos Aires, BBV Banco Francés, Bansud, Caja de Ahorro, Corp Banca, Provincia de Santa Cruz, del Sol, Mercantil und die Cía. Financiera Argentina. In Bankkreisen verlautete, dass durch die Rezession die Säumigkeiten stark zugenommen hätten, weshalb die Banken diese Massnahme ergriffen haben.

Ab Montag übernimmt Dycasa, Tochtergesellschaft der spanischen Dragados y Construcciones, die Wasserver- und -entsorgung in der Stadt Posadas (Misiones). Als erste Aufgabe muss die Konzessionärin die noch von der Provinzregierung errichtete Trinkwasser-Kläranlage für die 270.000 Einwohner in Betrieb setzen.

Ausserdem soll die Trinkwasserknappheit im Süden und Südwesten von Posadas durch den Bau eines Äquaduktes behoben werden. Innerhalb von 5 Jahren will Dycasa bei 80% der 65.000 Verbrauchsanschlüssen Wasseruhren angebracht haben.

Das Staatssekretariat für Industrie und Handel hat verfügt, dass alle elektrischen Haushaltsgeräte mit einem Etikett versehen sein müssen auf dem Wirkungsgrad, Lärmpegel und andere Eigenschaften angegeben werden müssen. Damit soll dem Endverbraucher ermöglicht werden, auch die Energieeinsparung durch ein neues Gerät beim Kauf berücksichtigen zu können.

Das Steueramt hat bestimmt, dass ab 2.8.99 die Banco de la Nación statt der Banco Hipotecario, Steuerzahlungsstelle für grosse Steuerzahler wird.

Mit dem im Amtsblatt vom 29.7.99 veröffentlichten Beschluss 509/99 bewilligt das Industrie- und Handelssekretariat Dumpingermittlungen über Einfuhren von mit Stuck oberflächenbehandeltem Papier und Pappe aus Österreich, Italien, Spanien, Polen, Südafrika und Schweden.

Mit Beschluss 648/99 hat das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) weitere Änderungen des Zahlungsplans für überfällige Steuerschulden verfügt. Die Leiter der Steueragenturen können bei Schulden unter \$ 200.000 den Erleichterungsplan nach Ermessen anwenden, was kleine Unternehmer nicht zwingen würde, ihre Finanzlage zu klären. Ämter, religiöse Körperschaften, Schulen und Universitäten haben direkten Anspruch auf die Erleichterungen. Alte, nicht eingehaltene Zahlungspläne können wieder aufgenommen werden, wenn die fälligen Raten mit Zinsen innerhalb von 60 Tagen bar bezahlt werden. Gesperrte Bankkonten können 5 Tage nach Annahme eines Zahlungsplanes wieder eröffnet werden, wenn der Schuldner keine anderen Gründe zur Sperrung gegeben hat.

O. Vicente, amtsführender Vizepräsident von Perez Compagnon, erklärte, die Firma strebe die Führung aller bestehenden EG Tankstellen an, nicht nur des Teiles der 635 der Repsol-YPF Tochter Astra. Bezüglich des Gas-Dampfkraftwerkes Genelba, das Perez Compagnon in Marcos Paz errichtet hat, gab er die Investition von weiteren US\$ 250 bis

300 Mio. bekannt, um die bestehende Leistung von 670 MW um weitere 850 MW zu erhöhen. Auf Anfrage bestätigte er, dass die Firma auch den Kauf des Erdölunternehmens San Jorge erwäge, das auf US\$ 1 Mrd. geschätzt wird.

Die Ablehnung durch Duhalde, die Allianz und Verbraucherschutzorganisationen veranlasste die Regierung, die öffentliche Anhörung über die Änderung der Konzessionsbedingungen für die ehemaligen Eisenbahnstrecken Roca, San Martín und Belgrano Sur um 30 Tage zu verschieben. Auch dann wird die Regierung weder Zeit noch die politische Kraft haben, die Annahme der Änderungen bei der Parlamentskommission und der Generalsindikatur (Sigen) durchzusetzen. Zur Durchführung der Modernisierungen, die US\$ 1,2 Mrd. Investitionen erfordern, sollen die Fahrpreise in 5 Jahren bis verdoppelt werden. Ausserdem sollen die Konzessionsdauer bis 2025 und die Subventionszahlungen bis 2005 verlängert werden.

Durch dem Kauf der U.S.Filter, dem weltweit grössten Trinkwasserunternehmen, für US\$ 7,9 Mrd., die auch Besitzerin der argentinischen Sparkling ist, ist die französische Vivendi nun Welterste bei Trinkwasser mit US\$ 12 Mrd. Jahresumsatz in 90 Staaten. Sparkling ist in Argentinien Markterster bei Trinkwasser in Flaschen für Dispensereinrichtungen.

Die Schuhindustrie hat beim Industrieministerium um Schutz gegen Einfuhren aus Brasilien angeht. Die Schuhwerkeinfuhren seien von 700.000 Paaren 1991 auf knapp 11 Mio. Paare 1998 angestiegen. In diesem Jahr werde mit weiteren 60% Zunahme auf 16 bis 17 Mio. Paare gerechnet. Brasilianischen Schuhwerk soll durch Subventionen um 30% bis 40% billiger sein.

Das Zellulartelefonieunternehmen von Telefónica Argentina, Unifón, hat der schwedischen Ericsson die Ausstattung ihres PCS-Netzes für etwa US\$ 230 Mio. durch Ausschreibung zugesprochen.

Das Energiesekretariat hat durch Beschluss 404/99 verfügt, dass Wärmekraftwerke die notwendigen Heizölreserven für mindestens 15 Tage Stromversorgung mit allen ihren Generatoren haben müssen.
